



Löhne hoch in Kitas, Pflege, Müllabfuhr! Milliardär*innen gerecht besteuern.

Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst kämpfen für bessere Löhne. Erzieher*innen, Pflegekräfte und Beschäftigte in der Müllabfuhr, Feuerwehrleute, Beschäftigte in den Wasserwerken und in der Jugendhilfe: Ohne sie läuft nichts in unserer Gesellschaft. Sie fordern einen Ausgleich für die Inflation: 10,5 Prozent mehr Lohn, mindestens 500 Euro. Damit die Kosten von Krieg und Krise nicht auf ihrem Rücken landen, während die Reichsten in der Krise noch reicher werden. DIE LINKE sagt: Zu Recht, ihr seid es wert!

Die Bundesregierung und die Kommunen sagen, das Geld sei knapp. Aber Geld ist genug da. Das Geld für die Aufrüstung der Bundeswehr war da. Das Geld, um die Unternehmen in der Corona- und Energiekrise zu schützen war da. Finanzminister Lindner will sogar die Steuern für Reiche weiter senken. Aber wenn es um die Beschäftigten geht, die dafür sorgen, dass der Alltag funktioniert? Dann ist kein Geld da. Gute Löhne für die Beschäftigten sind jedoch bezahlbar. Ausreichend Personal in Kitas, Schulen und Krankenhäusern und ein gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr sind bezahlbar, wenn die Bundesregierung es will. Die Profite der Konzerne sind in der Krise durch die Decke gegangen. In Deutschland leben 1,6 Millionen Millionär*innen. Doppelt so viele wie 2008. Die Bundesregierung muss Gewinne und riesige Vermögen endlich gerecht besteuern. Dann könnten endlich auch die chronisch unterfinanzierten Kommunen angemessen unterstützt werden.

DIE LINKE streitet an der Seite der Beschäftigten für ein Umsteuern, das allen nützt:

- Übergewinnsteuer auf alle Extragewinne in der Krise. Allein damit kämen in Deutschland 100 Milliarden Euro zusammen.
- Die Vermögensteuer auf Millionenvermögen wieder erheben. Die ist im Grundgesetz vorgesehen.
- Große Erbschaften gerecht besteuern. Die Sonderbehandlung für Firmenerben muss aufhören.
- Einmalige Abgabe auf Vermögen oberhalb von 2 Millionen Euro, um die Kosten der Krise zu bezahlen.

Setz Dich gemeinsam mit der LINKEN für gute Löhne und Umverteilung ein.
www.die-linke.de/mitmachen



DIE LINKE.

ParteiVorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel. 030/24009999, kontakt@die-linke.de
www.die-linke.de, V.i.S.d.P. Tobias Bank

Löhne hoch in Kitas, Pflege, Müllabfuhr! Milliardär*innen gerecht besteuern.

Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst kämpfen für bessere Löhne. Erzieher*innen, Pflegekräfte und Beschäftigte in der Müllabfuhr, Feuerwehrleute, Beschäftigte in den Wasserwerken und in der Jugendhilfe: Ohne sie läuft nichts in unserer Gesellschaft. Sie fordern einen Ausgleich für die Inflation: 10,5 Prozent mehr Lohn, mindestens 500 Euro. Damit die Kosten von Krieg und Krise nicht auf ihrem Rücken landen, während die Reichsten in der Krise noch reicher werden. DIE LINKE sagt: Zu Recht, ihr seid es wert!

Die Bundesregierung und die Kommunen sagen, das Geld sei knapp. Aber Geld ist genug da. Das Geld für die Aufrüstung der Bundeswehr war da. Das Geld, um die Unternehmen in der Corona- und Energiekrise zu schützen war da. Finanzminister Lindner will sogar die Steuern für Reiche weiter senken. Aber wenn es um die Beschäftigten geht, die dafür sorgen, dass der Alltag funktioniert? Dann ist kein Geld da. Gute Löhne für die Beschäftigten sind jedoch bezahlbar. Ausreichend Personal in Kitas, Schulen und Krankenhäusern und ein gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr sind bezahlbar, wenn die Bundesregierung es will. Die Profite der Konzerne sind in der Krise durch die Decke gegangen. In Deutschland leben 1,6 Millionen Millionär*innen. Doppelt so viele wie 2008. Die Bundesregierung muss Gewinne und riesige Vermögen endlich gerecht besteuern. Dann könnten endlich auch die chronisch unterfinanzierten Kommunen angemessen unterstützt werden.

DIE LINKE streitet an der Seite der Beschäftigten für ein Umsteuern, das allen nützt:

- Übergewinnsteuer auf alle Extragewinne in der Krise. Allein damit kämen in Deutschland 100 Milliarden Euro zusammen.
- Die Vermögensteuer auf Millionenvermögen wieder erheben. Die ist im Grundgesetz vorgesehen.
- Große Erbschaften gerecht besteuern. Die Sonderbehandlung für Firmenerben muss aufhören.
- Einmalige Abgabe auf Vermögen oberhalb von 2 Millionen Euro, um die Kosten der Krise zu bezahlen.

Setz Dich gemeinsam mit der LINKEN für gute Löhne und Umverteilung ein.
www.die-linke.de/mitmachen



DIE LINKE.

ParteiVorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel. 030/24009999, kontakt@die-linke.de
www.die-linke.de, V.i.S.d.P. Tobias Bank